

# Stadt Heidelberg

AntragNr.:  
**0 0 1 5 / 2 0 2 3 / A N**

Antragsteller: CDU  
Antragsdatum: 24.01.2023

Federführung:  
Dezernat V, Amt für Digitales und Informationsverarbeitung

Beteiligung:

Betreff:

**Information, wie gut die Stadt Heidelberg gegen Cyber -  
Attacken geschützt ist und welche weiteren Pläne zum  
besseren Schutz verfolgt werden**

## Antrag

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	09.02.2023	Ö		
Haupt- und Finanzausschuss	08.03.2023	Ö		
Gemeinderat	23.03.2023	Ö		

**Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1**

## Antrag Nr.: 0015/2023/AN

Briefkopf des Antragstellers:



CDU-Gemeinderatsfraktion, Rathaus, Marktplatz 10, 69117 Heidelberg

Herrn Oberbürgermeister  
Prof. Dr. Eckart Würzner  
Rathaus, Marktplatz 10  
69117 Heidelberg

Dr. Jan Gradel, Vorsitzender  
Werner Pfisterer, 1. stv. Vors.  
Prof. apl. Dr. Nicole Marmé, stv. Vors. ,  
Alexander Föhr  
Martin Ehrbar  
Matthias Kutsch  
Otto Wickenhäuser

Heidelberg, 23.01.2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates stellen die Unterzeichner gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg den Antrag, folgenden Tagesordnungspunkt aufzunehmen:

### **Information, wie gut die Stadt Heidelberg gegen Cyber -Attacken geschützt ist und welche weiteren Pläne zum besseren Schutz verfolgt werden**

1. Diskussion und Aussprache
2. Anträge

Wir bitten die Stadtverwaltung um Information, wie gut die Stadt Heidelberg gegen Cyber -Attacken geschützt ist. Ferner bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Maßnahmen wurden konkret bereits getroffen und welche genau sind noch beabsichtigt?
2. Wurden schon entsprechende Warnmaßnahmen oder Schulungen durchgeführt beziehungsweise sind welche vorgesehen?

Begründung:

Die Stadt Potsdam ist das jüngste Beispiel einer Reihe an Cyberattacken auf Gemeinden, Städte, Landkreise und kommunale Unternehmen. Eine fatale Entwicklung: Die Kommunen fungieren als Stabilitätsanker für die Menschen vor Ort. Mehr denn je verstehen die Bürgerinnen und Bürger, dass es in diesen Zeiten auf eine funktionierende Daseinsvorsorge ankommt.

Können Reisepässe nicht kurzfristig ausgestellt werden, wie jetzt in Potsdam, oder Sozialhilfe nicht ausgezahlt werden, beschädigt das das Vertrauen in die Demokratie und seine Institutionen.

Die Bundesrepublik Deutschland bietet hier ihr aktive Mithilfe in Form einer Plattform an und wir bitten um Mitteilung, ob diese bereits genutzt wird oder was dem entgegensteht.

**gezeichnet CDU - Fraktion**